

glied des Aufsichtsrats der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dewog), der Wirtschafts- und Wohlfahrts-einrichtungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (Wi-Wo.), der Beamten-Bausparkasse sowie des Verwaltungsrats der Deutschen Beamten-Feuerversicherung. Völter schrieb Broschüren über Beamtenrecht, Beamtenpolitik, Finanz- und Steuerfragen und hat im Rahmen der Schriften des Vereins für Sozialpolitik das Thema „Die deutsche Beamtenbesoldung“ behandelt.

Redaktion

Wagener, Paul, freigewerkschaftlicher Arbeiterführer, geboren am 15. April 1856 in Berlin, erlernte, nachdem er die Schule verließ, den Weberberuf, trat frühzeitig dem Fachverein der Weber bei, dessen Vorsitzender er wurde. Er trat dann, als der Deutsche Textilarbeiter-Verband gegründet wurde, zu diesem über und betätigte sich sehr stark für die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens. Er wanderte eine Zeit, kehrte dann aber nach Berlin zurück und verlegte seine Agitationstätigkeit besonders unter die Kleinmeister der Handweberei, die damals noch weit verbreitet war. Wagener vertrat die Kleinmeister auch regelmäßig in Prozessen gegen die großen Fabrikanten vor dem Gewerbegericht. Er gehörte dann auch der Streikkontrollkommission (heute Gewerkschaftskartell genannt) von Berlin sowie dem Agitationskomitee des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes für die Provinz Brandenburg an. Als der Redakteur am Verbandsblatt „Der Textil-Arbeiter“, Albin Reichelt, im Jahre 1896 eine achtmonatige Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung, angeblich begangen durch einen Artikel in der Verbandszeitung, antreten mußte, ging Wagener nach Burgstädt i. Sa., dem Erscheinungsort und Druckort der Zeitung, und trat in die Redaktion ein. In der ersten Zeit hatte er neben der Redaktion auch noch die Kassengeschäfte und die Expedition des Blattes zu erledigen. Da die Auflage damals schon 16 800 Exemplare betrug, war die Arbeit nicht gering. 1906 erfolgte die Uebersiedlung des Verbandsorgans nach Berlin, dem Sitz des Verbandes. Wagener gehörte auch dem Internationalen Komitee der Textilarbeiter an. Im Jahre 1923 schied er aus der Redaktion des Fachblattes aus, der er ununterbrochen 27 Jahre angehört hatte. Er lebt jetzt in Berlin.

Paul Gebauer

Wagner, Adolph, bedeutender Nationalökonom und Sozialpolitiker, wurde am 25. März 1835 in Erlangen geboren, studierte von 1853 bis 1857 in Göttingen und Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaften, wurde 1858 Dozent der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Handelsakademie Wien, 1865 Professor in Dorpat, 1868 in Freiburg i. Br. und 1870 in Berlin, wo er als einflußreicher Universitätslehrer bis zu seinem

Tode, am 8. November 1917, wirkte. Zunächst der klassischen Nationalökonomie und der deutschen Freihandelsschule nahestehend, löste er sich bereits in den 60er Jahren von dieser los und näherte sich dem Standpunkt der historischen Schule, deren positive Stellung zum Staate er teilte und mit der er das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben forderte. Mit Schmoller, Brentano (vgl. diesen Artikel) und anderen Gessinnungsgenossen gründete er deshalb 1872 den „Verein für Sozialpolitik“, von dem er sich jedoch nach dessen Verbindung mit dem liberalen „Volkswirtschaftlichen Kongreß“ 1877 trennte, um seinen sozialpolitischen Standpunkt selbständig in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dagegen schloß er sich 1881 der von Adolf Stöcker (vgl. diesen Art.) begründeten Christlich-sozialen Partei an, deren zweiter Vorsitzender er bis 1896 war, und agitierte in diesem Rahmen eifrig für Sozialreform und Finanzpolitik im Sinne Bismarcks. Ebenso beteiligte er sich Anfang der 90er Jahre an der Entfaltung der evangelisch-sozialen Bewegung und an der Gründung des Evangelisch-sozialen Kongresses, dessen erster Präsident er wurde und auf dessen Tagungen er bis zum Weltkriege eine führende Rolle spielte.

Ogleich Wagner von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Aenderung der bestehenden Wirtschaftsordnung überzeugt war und die Kritik an ihr in weitem Umfange als berechtigt anerkannte, verhielt er sich dennoch gegenüber den sozialistischen Lehren und den praktischen Folgerungen und Forderungen daraus im wesentlichen ablehnend. Nach seiner Meinung war das, was an sozialistischer Produktionsweise möglich und wünschenswert ist, am besten und zum Teil überhaupt nur durch den Staat zu verwirklichen. Er forderte deshalb Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung überall dort, wo die gemeinwirtschaftliche Regelung nicht nur einer sittlichen Forderung entsprach, sondern zugleich wirtschaftlich zweckmäßig erschien. Während er z. B. die generelle Abschaffung des privaten Grundeigentums und die Rückkehr zum Gemeineigentum am Boden verwarf, weil er im Privateigentum die notwendige Voraussetzung für die Steigerung der Bodenproduktivität erkannte, trat er energisch für eine tiefgreifende Reform des großstädtischen Grundeigentums als Mittel zur Bekämpfung der Bodenspekulation und des Wohnungswuchers ein. Die gemeinwirtschaftliche Organisation des gesamten Versicherungswesens an Stelle der privatwirtschaftlichen forderte er, weil die Versicherung ihrer Natur nach kein „Geschäft“, sondern eine „öffentliche Einrichtung“ sei, die als solche behandelt werden müsse. Und auch für die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, für die Kommunalisierung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw. schienen ihm in gleicher Weise sittliche wie wirtschaftliche Gründe zu sprechen, so daß er sich mit aller Kraft für sie einsetzte. Seine Stellung zur sozialen Frage im engeren Sinne, d. h. zur Arbeiterfrage, hatte er zuerst im Oktober 1871 in der „Freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer“ entwickelt und